

Die desaströse Politik der linken Stadtregierung

Susanne Brunner, Gemeinderätin, Vizepräsidentin SVP Stadt Zürich

Die Stadt Zürich lebt auf zu grossem Fuss: Die Stadtregierung plant seit 2021 mit Defiziten in ihrem Haushalt. Zwar konnte die Stadt Zürich in den letzten Jahren positive Rechnungsabschlüsse vorweisen. Doch dies ist nicht einer klugen, umsichtigen Politik von Links-Grün zu verdanken. Vielmehr ist der Stadtregierung das Glück in den Schoss gefallen, dass die Stadt Zürich über eine äusserst robuste Wirtschaft, einen florierenden Immobilienmarkt und über eine zupackende Bevölkerung verfügt. So erklimm der Fiskalertrag in der letzten Dekade jährlich neue Rekordwerte. Links-Grün feierte dies mit einer Ausgaben-Party, die seinesgleichen sucht. Doch die rot-grüne Party ist nun vorbei.

Links-Grün führt die Stadt in eine verhängnisvolle Defizitspirale. Im Jahr 2028 wird ihr ganzes Eigenkapital von heute 1,5 Milliarden Franken verbrannt sein. Gleichzeitig explodieren die langfristigen Schulden von 4,8 Milliarden Franken auf rund 10 Milliarden Franken im Jahr 2025.

Diese Zahlen folgen keinem Naturgesetz. Wie kann man eine erfolgreiche, reiche Stadt in eine solch verhängnisvolle Defizitspirale führen? Sie ist das Resultat einer desaströsen links-grünen Politik. Der Mechanismus der links-grünen Politik in der Stadt Zürich gleicht einem Weihnachtswunschzettel, der - sobald erfüllt - immer wieder mit neuen Wünschen ergänzt wird. Die SVP kritisiert nicht die Investitionen in notwendige Infrastruktur. Eine funktionierende, gut ausgebaute Infrastruktur ist die Basis jeden erfolgreichen Standorts und damit Basis für Wohlstand und Prosperität.

Doch Rot-Grün ist nicht gewillt, Notwendiges vom Wünschbaren zu trennen. Man erfüllt sich alle Wünsche und beschenkt die eigene Klientel gar noch darüber hinaus. Dazu werden Projekte umgesetzt, welche Zürich als Wirtschaftsstandort und urbanes Zentrum in Frage stellen. Auch ist der Stadtrat zunehmend bereit, übergeordnetes Recht zu verletzen oder Volksentscheide zu ignorieren. Dazu einige Beispiele:

- Die Löhne in der Stadtzürcher Verwaltung sind hoch, die Arbeitsbedingungen sind gut. Die Stadt gibt ihren Mitarbeitern gleich vier Wochen Vaterschaftsurlaub, gesetzlich hat der Souverän zwei Wochen festgelegt. Die Mitarbeiterzahl wächst stetig an. Derzeit hat die Stadt rund 22'100 Mitarbeiter, in wenigen Jahren werden es 25'000 sein. Dieser Kostenblock wächst.
- Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge erhalten ab Januar 2022 mehr Geld als in anderen Gemeinden. Dies widerspricht der kantonalen Volksabstimmung vom September 2017. Das Stimmvolk hat mit grossem Mehr beschlossen, dass vorläufig Aufgenommene im Kanton Zürich nur noch Asylfürsorge statt Sozialhilfe erhalten. In der Stadt Zürich wird der Volksentscheid mit dieser Aufstockung umgangen.
- Sans-Papiers erhalten seit August 2021 eine sogenannte «wirtschaftliche Basishilfe». Der Stadtrat lässt Bargeld an Personen verteilen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten. Damit umgeht der Stadtrat das Ausländerrecht des Bundes.
- Mit der Züri City-Card will der Stadtrat Sans-Papiers legalisieren. Dass dies nicht funktioniert, weiss die Stadtregierung inzwischen. Dennoch hält sie am Projekt fest und will ihre 430'000 Einwohner mit einer nutzlosen und gesetzeswidrigen Stadt-Identitätskarte ausrüsten. Alleine die Vorbereitungsarbeiten kosten 3,2 Millionen Franken, eine Einführung würde um ein Vielfaches teurer. Ein überparteiliches Komitee hat das Referendum dagegen ergriffen.

- Der Stadtrat will flächendeckend Tempo 30 einführen. Dies verursacht hohe Kosten mit dem Umbau der Strasseninfrastruktur, aber auch jährliche Mehrkosten von 20 Millionen Franken bei den VBZ. Das ganze Verkehrssystem wird so gelähmt. Für den Wirtschaftsstandort Zürich ist dies Gift, denn Wirtschaft und Handel florieren nur mit Mobilität. Gleichzeitig werden Parkplätze abgebaut. Gewerbe und Anwohner wird das Leben schwer gemacht.
- Der Stadtrat will, dass alle Kinder in die Tagesschule gehen. Neu sollen darum Eltern, welche ihre Kinder am Mittag selber betreuen wollen, ihre Kinder von der Tagesschule abmelden müssen. Dieser Paradigmenwechsel steht im Widerspruch zur Volksabstimmung über das Pilotprojekt, wo «Freiwilligkeit» zugesagt wurde. Die obligatorische Tagesschule wird eine Kostenexplosion zur Folge haben, da die Betreuung kostenintensiv ist. Kommt noch hinzu, dass die Stadt Zürich die Mahlzeiten an den Tageschulen für gewisse Einkommensstufen höher subventioniert als alle anderen Gemeinden im Kanton Zürich.
- Diese Liste könnte noch weitergeführt werden. Nur noch dies: Der Stadtrat ist daran, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen. Denn derzeit läuft als Pilot-Projekt die Verteilung von Gratis-Menstruationsartikeln an Schulen. Letzte Woche haben zwei Gemeinderäte der Grünen dieses Gratis-Angebot für alle städtischen Toiletten gefordert. Und wieder grüsst der Wunschzettel...
- Mit dieser Politik des links-grünen Verteilens und Forderns wird der Stadtrat die Stadt Zürich zum Grounding bringen. Zürich ist heute eine schöne Stadt, ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Will sie dies bleiben, müssen die Auswüchse der links-grünen Politik gestoppt werden.